

PROTOKOLL

über die 1. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am Mittwoch, den
13.09.2017, Sitzungssaal des Stadthauses, Schürenkamp 16, 49324 Melle

Sitzungsnummer: AFuW/001/2017
Öffentliche Sitzung: 18:03 Uhr bis 20:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Harald Kruse

stellv. Vorsitzender

Wilhelm Hunting

Mitglied CDU- und FDP-Gruppe

Mirco Bredenförder

Jan Lütkemeyer

ab 18:07 Uhr

Christina Tiemann

Heinrich Thöle

Mitglied SPD-Fraktion

Uwe Plaß

Luc Van de Walle

Mitglied B90/DIE GRÜNEN und Linke-Gruppe

Alfred Reehuis

Reinhardt Wüstehube

Mitglied UWG-Fraktion

Peter Spiekermann

von der Verwaltung

Stadtrat Dirk Hensiek

StOAR Uwe Strakeljahn

StAR Jürgen Detmer

Stl Marius Brockmeyer

ProtokollführerIn

Stl Andrea Steinkamp

Gäste

Gast/Gäste

Herr Hengelbrock, Steuerberater der
INTECON Treuhand und Wirtschaftsberatung
GmbH Steuerberatungsgesellschaft Bad
Oeynhausen

Abwesend:

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3 Einwohnerfragestunde
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls der 5. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement vom 29.05.2017
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Gesamtabschluss 2015 der Stadt Melle
Vorlage: 2017/0213
- TOP 7 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Melle über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2016
Vorlage: 2017/0217
- TOP 8 Finanzcontrollingbericht der Stadt Melle zum Stichtag 30.06.2017
Vorlage: 2017/0221
- TOP 9 Finanzcontrollingbericht für den Ausschuss Finanzen und Wirtschaft zum Stichtag 30.06.2017
Vorlage: 2017/0222
- TOP 10 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Kruse eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder und Mitarbeiter. Zudem begrüßt er Herrn Hengelbrock von der INTECON Treuhand und Wirtschaftsberatung GmbH Steuerberatungsgesellschaft in Bad Oeynhausen, der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung einen Geschäftsbericht vorstellen wird.

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit wird durch den Vorsitzenden Herrn Kruse festgestellt.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Wüstehube erklärt, dass nach der Niedersächsischen Kommunalverfassung (NKomVG) Geschäftsberichte von Firmen, an denen die Kommunen beteiligt sind, nicht zwingend im nichtöffentlichen Teil einer Sitzung vorgestellt werden müssen. Zudem müssen die Jahresabschlüsse der Firmen auch im Bundesanzeiger veröffentlicht werden.

Auf Grund dessen beantragt Herr Wüstehube, die Tagesordnungspunkte 1 NÖ „Geschäftsbericht der Solbad Melle GmbH“ und 2 NÖ „Geschäftsbericht der Wohnungsbau Grönegau GmbH“ in den öffentlichen Teil zu verschieben und auch zukünftig eine öffentliche Vorstellung der Geschäftsberichte einzuführen.

Der Vorsitzende Herr Kruse gibt zu bedenken, dass es seit Jahren eine Vorstellung im nichtöffentlichen Teil der Sitzungen gibt. Er macht geltend, dass dafür bestimmte Gründe vorlagen und bittet die anderen Ausschussmitglieder um Stellungnahme.

Herr Lütkemeyer nimmt ab 18:07 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Hunting erklärt, dass er sich zu dem Vorschlag in der Eile nicht äußern kann.

Eine abschließende rechtliche Würdigung kann Herr Strakeljahn z.Zt. nicht abgeben. Er erinnert sich aber, dass bei einer Prüfung dieses Themas vor ca. 10 Jahren eine Vorstellung im nichtöffentlichen Teil erforderlich wurde. Er wird die Anmerkung zum Anlass nehmen, eine solche Prüfung neu durchzuführen zu lassen. Danach soll über die Einordnung entschieden werden.

Frau Tiemann unterstützt den Vorschlag von Herrn Strakeljahn und bekräftigt, dass eine Prüfung der rechtlichen Lage notwendig ist. Bei einem positiven Ergebnis spricht nichts gegen eine öffentliche Vorstellung.

Als Geschäftsführer der Wohnungsbau Grönegau GmbH macht Herr Hensiek deutlich, dass er bei einer öffentlichen Vorstellung des Geschäftsberichtes prüfen muss, ob er alle ergänzenden zusätzlichen Erläuterungen, die nicht bereits dem öffentlichen Lagebericht zu entnehmen sind, dann noch geben kann. Der vorliegende Geschäftsbericht sei aber ohnehin öffentlich.

Der Vorsitzende Herr Kruse schlägt vor, die Einordnung der Tagesordnungspunkte zu den Geschäftsberichten in dem Protokoll zu dieser Sitzung als öffentliche oder nichtöffentliche Tagesordnungspunkte aufzunehmen, je nach Ergebnis bei der rechtlichen Prüfung.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde entfällt mangels anwesender Einwohner.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der 5. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement vom 29.05.2017

Das Protokoll der 5. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement vom 29.05.2017 wird mit zwei Enthaltungen einstimmig mit 9 Ja-Stimmen genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Herr Strakeljahn erläutert anhand der beiliegenden Präsentation die aktuelle Ertragslage.

Er berichtet weiterhin, dass die europaweite Ausschreibung für die Stromlieferverträge abgeschlossen wurde. In den Jahren 2018 und 2019 wird der Strom über die Stadtwerke Hannover AG zu einem Arbeitspreis von 3,27 Cent pro kWh bezogen.

Frau Tiemann fragt, ob bei dem Kauf, wie im privaten Bereich, eine Grundgebühr zu dem Preis hinzugerechnet werden muss. Herr Wunderlich erklärt, dass bei kommunalen Stromkäufen keine Grundgebühr gezahlt werden muss. Ob Neukundenrabatte üblich sind, fragt Herr Wüsthube. Dieses verneint Herr Strakeljahn. Er weist darauf hin, dass die Zuschläge und Umlagen für Ökostrom z.Zt. bei 7,7 ct./ kWh liegen. Sie werden zukünftig wahrscheinlich weiter steigen.

Herr Hensiek berichtet, dass es bei der Finanzierung der Kindertagesstätten zu einer Vereinbarung mit dem Landkreis Osnabrück im Rahmen der Bürgermeisterkonferenz gekommen ist. Dem Fachausschuss (Ausschuss für Bildung und Sport) wird eine Informationsvorlage über die höheren Zuschüsse zur Verfügung gestellt. Die Daten werden mit in die Haushaltsplanungen einfließen. Die Deckung des Defizites in dem Bereich wird damit verbessert. Eine Entlastung an anderer Stelle ist mit den Mitteln nicht möglich. Die Erhöhung der Finanzierung durch den Landkreis Osnabrück weist die richtige Richtung aus, aber sie könnte auf Grund des hohen Defizites im Haushalt in diesem Bereich noch größer ausfallen.

Aus der Vorlage für den zuständigen Fachausschuss wird nach Auskunft von Herrn Reehuis ersichtlich, dass die Kostendeckung nach der neuen Finanzierung durch den Landkreis bei 53% liegt. Zuvor lag sie bei 24%. Allerdings ist in der Berechnung auch die Einmalzahlung i.H.v. 642T aufgenommen worden. Rechnet man diese heraus liegt der Kostendeckungsgrad bei 47%.

In den nächsten Jahren kommt es laut Verwaltung zur Steigerung der Bedarfe aller Kindertagesstätten. Es sind Ausbauten notwendig, die derzeit mit Containerlösungen überbrückt werden, aber auch die Erstellung von Essensausgaben und Ruheräumen. In der Vergangenheit wurde in den Haushaltsplanungen von jährlichen Kostensteigerungen um 5% ausgegangen. Die tatsächlichen Zuschlagsraten sind prozentual aber immer zweistellig ausgefallen.

Weitere Kostensteigerungen befürchtet er durch die Träger der Einrichtungen, mit denen die Stadt Melle wiederum Vereinbarungen schließen muss und die vorherrschende Wahlwerbung, wonach Elternbeiträge gesenkt werden sollen. Die Risiken sollten in die Haushaltsplanungen aufgenommen werden.

Herr Kruse unterstreicht, dass man mit dem Ergebnis der Bürgermeisterkonferenz sehr zufrieden sein kann. Die Stadt Melle ist einer der größten Nutznießer. Es sollte nicht vergessen werden, dass der Zuschuss der Stadt Melle für Kindertagesstätten 2006 bei 3,4 Mio. Euro lag und jetzt bei 8 Mio. Euro. Geschuldet sind die Kostensteigerungen insbesondere den Einführungen der Krippen, Ganztagsangebote und die Erfüllung von Sonderwünsche der Eltern. Wenn der Rat solche Unterbringungsformen ermöglicht, muss er sich in der Folge auch mit den Kosten beschäftigen. Mit dem Landkreis sollten aber weiter Gespräche und Verhandlungen über höhere Zuschüsse geführt werden.

Die Entwicklung der Finanzierungshöhe in den letzten fünf Jahren sollten gewürdigt werden, appelliert Herr Hunting. Bei der Vereinbarung mit den Trägern würde er nicht ohne weiteres höhere Mittel dazugeben. Die Standards sind hoch und gut. Unberücksichtigt bleiben dürfen die Diskussionen der Wahlkämpfe nicht. Seiner Meinung nach müssten dann aber auch der Bund und die Länder Finanzierungsmöglichkeiten vorbringen. Es sollte Verhandlungen immer die Interessen der Familien, Träger und Kommunen beachtet werden.

Über die mögliche Vereinbarung des Bundes mit den Ländern über das Kommunale Investitionsprogramm II (KIP II) aus dem Kommunalen Investitionsförderungsgesetz informiert Herr Hensiek. Das KIP II soll nur im Bereich der Schulen eingesetzt werden können, die dann davon profitieren. Für Niedersachsen werden 289 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Der Verteilungsschlüssel wird derzeit noch diskutiert. Mindestens 50% der Mittel sollen an finanzschwache Kommunen gehen. Aber auch die Stadt Melle soll Mittel erhalten. Ende diesen Jahres werden wahrscheinlich Zahlen genannt werden können.

Die Voraussetzungen zur Zulassung einer Maßnahme für die Förderung sind sehr eng vorgegeben. Bis 2022 muss die Maßnahme abgerechnet sein und es darf sich nur um die Sanierung einer Schule handeln. Ein Ersatzbau wird sehr schwierig und eine Erweiterung ist nicht zulässig. Diese Hürden betrachtet er sehr kritisch und hofft, dass noch zu bewilligende Mittel nicht auf Grund dessen zurückgezahlt werden müssen. Grund für die engen Voraussetzungen ist, dass viele Maßnahmen des KIP I noch nicht fertig gestellt sind und die Berichterstattung dazu noch aussteht. Der Ausschuss für Gebäudemanagement wird in seinen nächsten Sitzungen mögliche Maßnahmen dafür identifizieren und eventuell vorziehen müssen, damit die Mittel auch genutzt werden können. Eine schnelle Umsetzung der bestimmten Maßnahmen muss möglich sein, um eine Abrechnung bis 2022 durchzuführen.

Herr Kruse fragt, ob auch bereits bekannte, nötige Maßnahmen durchgeführt werden können. Bereits begonnene Maßnahmen werden nicht gefördert, erklärt Herr Hensiek. Es gibt aber noch genug bekannte Maßnahmen, bei denen die Planungen noch nicht begonnen haben. Die Details wird er in den nächsten Wochen und Monaten vorstellen.

Ob die Förderungen lohnenswert sind, hinterfragt Herr Thöle. Nach Kenntnisstand von Herrn Hensiek sollen Maßnahmen ab 40T Euro Kostenvolumen gefördert und vollständig übernommen werden. Die Abrechnungsfrist bis 2022 ist aber sehr nah und somit muss das Gebäudemanagement vorarbeiten. Die Prioritäten sollten aber auch beachtet werden.

Frau Tiemann weist darauf hin, dass der Ausschuss für Gebäudemanagement am 14.11.2017 wahrscheinlich das erste Mal tagen wird und fragt, ob dazu der Maßnahmenkatalog für die Haushaltsplanungen bereits vorliegt und der Ausschuss über die möglichen Maßnahmen für eine Förderung nachdenken soll. Herr Hensiek wünscht sich die Bekanntgabe der KIP II Förderung vor den Haushaltsberatungen, aber das wird vermutlich nicht gelingen. Eine Beratung, welche Maßnahmen für die Förderung in Frage kommen, sollte aber auf alle Fälle stattfinden.

Ob in den Vorlagen für die Sitzungen zukünftig eine Leerseite für Notizen beim Tagesordnungspunkt „Bericht der Verwaltung“ im IPAD eingestellt werden kann, regt Herr Spiekermann an. Dieses wird von Herrn Strakeljahn bejaht.

TOP 6 Gesamtabschluss 2015 der Stadt Melle
Vorlage: 2017/0213

Anhand der beiliegenden Präsentation stellt Herr Wunderlich die Ergebnisse des Gesamtabschlusses 2015 vor.

Herr Spiekermann fragt, wann mit der Implementierung der Beteiligungen in das Zielsystem der Stadt Melle gerechnet werden kann. Herr Strakeljahn erklärt, dass bei der Strategieklausur im Frühjahr 2018 für das Haushaltsjahr 2019 eine Einbindung der Beteiligungen vorgesehen ist.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat die Angelegenheit in seiner Sitzung am 13.09.2017 beraten und zur Kenntnis genommen.

TOP 7 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Melle über
die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Melle für das
Rechnungsjahr 2016
Vorlage: 2017/0217

Das Rechnungsprüfungsamt (RPA) hat den Jahresabschluss 2016 der Stadt Melle geprüft. Herr Detmer, Leiter des RPA, stellt den Bericht zur Prüfung vor.

In dem vorliegenden Bericht sind Bemerkungen und Anmerkungen blau eingerahmt, rot sind Beanstandungen. Enthalten in dem Prüfungsbericht ist auch der Prüfbericht des niedersächsischen Landesrechnungshofes für die durchgeführte überörtliche Prüfung zu den Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen.

Mit einem Überschuss von rund 7,16 Mio. Euro schloss das Jahresergebnis ab. Dieses verbesserte sich somit um rund 6,4 Mio. Euro gegenüber den Planungen.

Die Erträge lagen 2016 bei einer Summe von 86,9 Mio. Euro. Die Steuererträge umfassen dabei 63% (54,9 Mio. Euro). Die Planungssumme der Gewerbesteuererträge wurde knapp überschritten. Es wird positiv bewertet, dass die Planung nicht übermäßig geschätzt wurde.

Für die Transferaufwendungen ergibt sich 2016 ein Gesamtwert von rund 39,6 Mio. Euro. Die größten Posten sind darin die Kreisumlage (23,5 Mio. Euro), die Zuschüsse für die Kindertagesstätten (8,2 Mio. Euro) und die Gewerbesteuerumlage (4,8 Mio. Euro).

Für die Personalaufwendungen wurde mit der Summe von 16,5 Mio. Euro fast der Wert von 2014 erreicht. Immer wieder kommt es bei Fachtagungen zu der Diskussion, ob die Pensionsrückstellungen im Haushalt darzustellen sind, weil die Stadt Melle als Dienstherr der Niedersächsischen Versorgungskasse angehört. Er befürwortet die Ausweisung aber weiterhin.

Im Bereich der Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke merkt das RPA der Stadt Melle an, dass Investitionen, die zu Einsparungen bei diesen Aufwendungen führen, bevorzugt durchgeführt werden sollen. Bei den Aufwendungen für das Reinigungspersonal wird nochmals darauf hingewiesen, dass eine Vergleichsrechnung der Kosten bei eigenen Reinigungskräften oder der Vergabe an Fremdfirmen erfolgen soll. Nach Meinung des RPA

müssen für die Versicherungen der Stadt Melle und für den Kauf von Reinigungsmitteln neue Ausschreibungen durchgeführt werden.

2016 wurde ein Kreditvolumen von 7,26 Mio. Euro nicht aufgenommen. Aus den Haushaltsresten, die als Ermächtigungsübertragungen in die Folgejahre übernommen werden, wird allerdings ersichtlich, dass viele angedachte Aufgaben nicht erledigt wurden.

Die Bilanzsumme konnte in 2016 um 10,2 Mio. Euro gesteigert werden. Das ist vor allem auf die große Anzahl von durchgeführten Investitionsvorhaben zurückzuführen. Gleichzeitig sind somit auch die Schulden angestiegen.

Unter der Bilanz zum Jahr 2016 wurden diverse Haushaltsreste mit einer Summe von 13,8 Mio. Euro aufgestellt. Die Entwicklung ist zwar rückläufig, aber die Erstellung dieser Reste und die verbundene Vorbelastung werden weiter mit Sorge betrachtet. Die größten Positionen ergeben sich aus den Bereichen Gebäudemanagement und Tiefbauamt. Maßnahmen sollen nach Ansicht des RPA erst in den Haushalt aufgenommen werden, wenn die Planungsreife vorliegt. Die vorhandenen Ressourcen wie Personal und Sachmittel dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Bei Maßnahmen, die eine Investitionssumme von über 250T Euro nach sich ziehen, sind Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchzuführen. Dieses wird oft versäumt. Es wird somit erneut auf den Haushaltsgrundsatz der Jährlichkeit hingewiesen und darauf, dass - im Gegensatz zu den Planüberträgen - Kreditermächtigungen nur zeitlich begrenzt übertragen werden können.

Bei den Prüfungen der Vergabeverfahren wurden 346 Auftragsvergaben mit einem Ausschreibungsvolumen von 13,3 Mio. Euro geprüft. 2016 kam es bei einer freihändigen Vergabe zu einem Verfahren, bei dem sich eine Firma gegen die erfolgte Vergabe gewehrt hat. Grund für die Beanstandung bestand aber nicht.

Das RPA schlägt vor, die sogenannten Hausmeisterverträge größer auszuschreiben. Damit soll die Möglichkeit genutzt werden, viele kleine oder freihändige Vergaben zusammen zu fassen.

Abschließend stellt Herr Detmer fest, dass es sich bei dem Jahresabschluss 2016 um einen guten Abschluss handelt, der mit einem Überschuss von 7,16 Mio. Euro abschließt, die Rücklagen auf 19 Mio. Euro vermehrt werden konnten, die Schulden niedriger als geplant bei 38,1 Mio. Euro lagen und eine gute Liquidität in Höhe von 12,26 Mio. Euro gegeben war.

Es kam bei der Prüfung nicht zu gravierenden Unregelmäßigkeiten. Er weist aber darauf hin, dass der gute Abschluss nur erreicht werden konnte, weil nicht alle geplanten Aufgaben erledigt wurden. Er appelliert weiterhin dafür, dass die geforderten Gebührensatzungen für möglichst kostendeckende (Markt-) Gebühren erarbeitet werden.

Herr Detmer schlägt dem Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft vor, den Beschlussvorschlag zu beschließen und damit dem Bürgermeister die Entlastung zu erteilen.

Herr Kruse bedankt sich bei Herrn Detmer für die Vorstellung der Prüfungsergebnisse zur Jahresabschlussprüfung 2016 und fragt, ob die hohen Planüberträge auf die Großbaustelle an der Grönenbergschule zurückzuführen sind. Dieses verneint Herr Detmer und verdeutlicht, dass lediglich rund 4,4 Mio. Euro für die Maßnahmen an der Grönenbergschule erstellt wurden. Er befürchtet, dass es auch 2017 zu hohen Planüberträgen kommen wird.

Auch Frau Tiemann bedankt sich bei Herrn Detmer für den umfassenden Bericht und appelliert, dass zwar hohe Planüberträge erfolgen, aber dadurch auch viele und große

Maßnahmen realisiert werden konnten. Sie fragt, ob bereits ersichtlich ist, welche Maßnahmen in 2017 nicht realisiert werden können und übertragen werden sollen.

Herr Hensiek erklärt, dass es aus der Liste der Ermächtigungsübertragungen nicht abgelesen werden kann. Er verweist aber auf die Finanzcontrollingberichte in den einzelnen Fachausschüssen und den darin getätigten Prognosen zu dem weiteren Mittelverbrauch bis zum 31.12.2017. Er fordert die Politik auf, bei der Vorstellung der Berichte kritische Nachfragen zu stellen und hierfür auch in den einzelnen Fraktionen zu werben. Gerade im Investitionsbereich wurden in der zweiten Jahreshälfte von den einzelnen Ämtern große Prognosen zu der weiteren Mittelverwendung abgegeben. Diese erscheinen unrealistisch.

Auch 2017 wird es zu hohen Planüberträgen kommen. Mit der Einführung des Finanzcontrollings soll das Steuerungsverfahren der Haushaltsplanungen vereinfacht werden und eine realistische und transparente Darstellung der Plan- und Ist-Werte erfolgen, die wiederum Rückschlüsse auf eine realistische Haushaltsplanung zulässt.

Frau Tiemann erfreuen die weniger gewordenen roten Beanstandungen im Bericht. Sie fragt sich aber, wie der Verwaltungsausschuss über die Solbad Melle GmbH nach Meinung des RPA entscheiden soll und welche Auswirkungen die Veränderung der Vergabegesetze nach sich ziehen. Eine Lösung hat das RPA nicht vorliegen, erklärt Herr Detmer, aber der Sinn und Zweck der Gesellschaft wird nicht mehr erfüllt. Die Einführung der Unterschwellenordnung des Bundes mit 60 Paragraphen ersetzt die abgeschaffte Verdingungsordnung für Leistungen mit 21 Paragraphen. Die Länder sollen nun eine landeseigene Unterschwellenordnung erstellen. In Niedersachsen verschiebt die vorgezogene Landtagswahl dies. Bei der Höhe der niederschweligen Vergaben erhöht sich die Summe mit der neuen Verordnung von 500 auf 1.000 Euro.

Herr Reehuis erkundigt sich nach der Liste der Vergaben im Anhang des Prüfberichts. Neben den öffentlichen und beschränkt öffentlichen Vergaben sind auch freihändige Vergaben mit Auftragssummen zwischen 5.000 und 6.000 Euro zu finden. Im Bereich der Schulen sind bereits 3 Angebote bei Vergaben mit einem Wert ab 400 Euro erforderlich. Er fragt nach der Verhältnismäßigkeit. Eine Prüfungspflicht ergibt sich für das RPA ab einem Vergabewert von 2.500 Euro, bekräftigt Herr Detmer. Allerdings werden von manchen Kollegen auch niedrigere Vergaben zur Prüfung an das RPA weitergeleitet. Die Prüfung erfolgt dann, wird in der Liste aber nicht aufgeführt.

Des Weiteren erkundigt sich Herr Reehuis, wann der Schwellenwert von über 1.000 Euro eingeführt werden soll. Ohnehin bieten viele Firmen und Handwerker für niedrige Auftragssummen nicht, weil der Aufwand zu groß ist. Herr Detmer erwidert, dass der höhere Schwellenwert demnächst eingeführt werden soll. Für die Stadt Melle schlägt er dafür weiterhin die sogenannten Hausmeisterverträge vor. Das Büromaterial wird beispielsweise bereits für alle Verwaltungsstellen und die städtischen Schulen gemeinsam ausgeschrieben.

Herr Reehuis möchte wissen, ob bekannt ist, wann die Ausschreibung für die Versicherungen der Stadt Melle erfolgen soll. Er hebt hervor, dass bei einer Auszahlungssumme von 16 Mio. Euro für Investitionen die Abschreibungssumme bei 7,5 Mio. Euro liegt. Damit wird deutlich, dass der Investitionsstau immer weiter abgearbeitet werden kann. Herr Detmer legt dar, dass die Mitarbeiter, die sich mit den Ausschreibungen beschäftigen, entsprechende Fortbildungen besucht haben. Die Ausschreibungen für die Versicherungen sollen nun durchgeführt werden. Zum Abbau des Investitionsstaus erklärt er, dass damit auch Bilanzzuwächse einhergehen.

Herr Reehuis stellt fest, dass die Rückstellungen für die Sanierung der Altlasten seit mindestens 2014 unverändert sind. Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus

anhängigen Gerichtsverfahren wurden für 15 Verfahren gebildet. Er fragt, wann die Rückstellungen für die Altlasten verbraucht werden und ob es der Stadt Melle möglich ist, dem Rat eine Aufstellung über die Gerichtsverfahren und deren möglichen Ausgänge anzufertigen. Herr Kruse erkundigt sich, um was für Gerichtsverfahren es sich handelt.

Herr Strakeljahn verdeutlicht, dass es sich bei den Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten nicht um Maßnahmen der unterlassenen Instandhaltung handelt. Die Werte wurden über die Eröffnungsbilanz aufgenommen und stammen vorwiegend aus dem Bereich des Tiefbauamtes. Eine Maßnahme wurde bislang abgearbeitet. Zu Veränderungen wird es kommen, wenn weitere Maßnahmen abgearbeitet werden. Für die Thematik der Gerichtsverfahren verweist er auf die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses und wird den Arbeitsauftrag an das Hauptamt weitergeben, entsprechende Informationen zusammenzustellen.

Herr Reehuis fragt, ob der Hinweis zu der zeitlich begrenzten Übertragung der Kreditemächtigungen im Gegensatz zu den unbegrenzt übertragbaren Planüberträgen zu neuen Kreditaufnahmen geführt hat. Herr Hensiek erwidert, dass noch keine neue Kreditemächtigung für Maßnahmen aus den Planüberträgen erforderlich geworden ist. Investitionen konnten auf Grund der guten Ertragslage auch trotz fehlender Kreditemächtigungen durchgeführt werden.

Herr Thöle bedankt sich bei Herrn Detmer für den immer interessanten Bericht. Die Ausschreibung für die Versicherungen und die Überprüfung der Gebührenkalkulationen hält er für notwendig. In Bezug auf die Planüberträge pflichtet er bei, dass Maßnahmen nur in den Haushalt übernommen werden sollten, wenn sie umsetzbar erscheinen. Erfreulich ist die Höhe der Personalaufwendungen, aber er befürchtet auf Grund von Tarifierhöhungen und knapper Personalressourcen einen Anstieg dieser. Allgemein ist das Ergebnis des Jahresabschlusses positiv ausgefallen, aber auch die Anmerkungen und Beanstandungen des RPA sind immer wichtig und notwendig.

Herr Hunting bekräftigt, dass der Bericht den wichtigen Aspekt zeigt, wo die Stadt Melle finanziell steht und welche Schlüsse daraus gezogen werden müssen. Zu der Problematik im Reinigungsbereich spricht er sich dafür aus, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gebäudemanagement der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, eine Vergleichsrechnung durchzuführen.

Aus dem Saldo der Investitionstätigkeit wird mit 14,26 Mio. Euro deutlich, dass viele Maßnahmen nicht umgesetzt werden konnten. Im Arbeitskreis Gebäudemanagement, aber auch im alten Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement hat man sich mit der Planung auseinandergesetzt und kann jetzt mit einem schlechten Gewissen die Ergebnisse bei den Planüberträgen betrachten. Gerade im Bereich der Feuerwehren besteht dort nun Handlungsbedarf. Sowohl die Verwaltungsmitarbeiter, als auch die politisch Aktiven werden dort immer mehr zu Handlungen bei den Maßnahmen, auf teilweise auch unschöne Weise, aufgefordert.

Neben den Rücklagen konnte ohne Fremdaufnahmen auch die Bilanzsumme gesteigert werden. Diskussionswürdig ist sicherlich die Höhe des Schuldenstandes. Die Senkung der Höhe der Zins- und Tilgungsleistungen von 2011 bis 2016 um fast die Hälfte ist aber bemerkenswert.

Herr Hunting appelliert in Bezug auf die Stellungnahme des RPA zu den Standortfaktoren, dass es wichtig ist, die Flächenverfügbarkeit für Gewerbe in Melle voranzutreiben. Die aufgeführten Risiken sieht er teilweise auch als Chancen an. Er spricht sich dafür aus, wie auch beim Jahresabschluss des Landkreises Osnabrück neben den Risiken auch Chancen

zu benennen. Er kritisiert die Kampagnen der Landesparteien, die weitere Verschärfungen des Vergaberechts vorsehen.

Bei der Zinsentwicklung und der Umwandlung der Kredite mit Zinsbindung hat man Glück gehabt, unterstreicht Herr Lütkemeyer. Er fragt, ob die Versicherungsaufwendungen für die ganze Stadt Melle dargestellt wurden. Herr Detmer erläutert, dass es sich um alle Versicherungsaufwendungen der Stadt handelt. Herr Strakeljahn ergänzt, dass es vor einigen Jahren den Versuch gab, neue Versicherungsverträge über einen Berater auf Honorarbasis abzuschließen. Dieser konnte seinerzeit aber kein niedrigeres Angebot erstellen.

Herr Spiekermann sieht die Hebesätze bei den Steuern nicht als erstes Auswahlkriterium bei möglichen Firmengründungen und –zuzügen, wie das RPA im Fazit zum Prüfbericht darlegt. Den Hinweis, dass solche Überlegungen besonders in der Haushaltsplanung eine Rolle spielen und diese Kritik an politischen Entscheidungen s.E. nicht Aufgabe des RPA ist, gibt Herr Hensiek.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat die Angelegenheit in seiner Sitzung am 13.09.2017 beraten und empfiehlt dem Rat der Stadt Melle einstimmig mit 11 Ja-Stimmen folgenden Beschluss zu beschließen.

Beschlussvorschlag:

Gemäß § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) wird der Jahresabschluss der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2016 wie folgt beschlossen (sh. Anlage 1)

Gemäß § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) wird dem Bürgermeister für die Haushaltsrechnung der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2016 Entlastung erteilt.

Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses wird in voller Höhe den bestehenden Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Der Jahresfehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses wird mangels Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses mit den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses verrechnet.

TOP 8 Finanzcontrollingbericht der Stadt Melle zum Stichtag 30.06.2017 Vorlage: 2017/0221

Herr Strakeljahn stellt den Finanzcontrollingbericht zum 30.06.2017 mit der beiliegenden Präsentation vor. Der vollständige Bericht wird in diesem Ausschuss vorgestellt. Die anderen Fachausschüsse und auch dieser Fachausschuss erhalten die Berichte in zusammengefasster Form speziell für Ihre Aufgabengebiete. Eine Beratung der Berichte in den Fachausschüssen vor der Haushaltseinbringung für das nächste Jahr wäre sinnvoll. Die farblich markierten Abweichungen zu den Planungswerten können sowohl negativ als auch positiv sein. Die Markierungen weisen nur auf Abweichungen hin. Nicht aber auf dessen Wirkung.

Als einen bedeutenden Schritt bezeichnet Herr Hensiek die Einführung des Finanzcontrollingberichts. Als neues Steuerungsinstrument zeigt es, welche Ziele in diesem Jahr erreicht werden sollen, wie weit der Bearbeitungsstand im ersten Halbjahr

vorangeschritten ist und ob die Zielerreichung noch erfolgen kann. Ggf. ist auch ein Nachjustieren für die Erreichung der Ziele einleitbar. In allen Fachausschüssen kommt es in den nächsten Wochen zu den Vorstellungen der Controllingberichte. Er bittet darum, in den einzelnen Fraktionen dafür zu werben, dass die Finanzverantwortung der Ausschüsse genutzt wird und ggf. auch kritisch hinterfragt wird, warum Maßnahmen nicht mehr wie ursprünglich geplant umgesetzt werden können.

Die Verwaltung wird die Ergebnisse des Berichts in die Haushaltsplanungen 2018 einfließen lassen. Für die Erstellung des Berichtes bedankt sich Herr Hensiek bei Herrn Brockmeyer.

Herr Reehuis begrüßt den neuen Soll-Ist-Vergleich und die Möglichkeit unterjährig eingreifen zu können. In Bezug auf die im vorangegangenen Tagesordnungspunkt geführte Diskussion stellt er fest, dass mit den Planüberträgen des Vorjahres eine Summe von 29 Mio. Euro für Investitionen zur Verfügung steht. Lediglich rund 20 Mio. Euro werden voraussichtlich bis Ende 2017 abgearbeitet werden können. Somit werden wieder Planüberträge gebildet. Es sollte zukünftig eine Planung erfolgen, die auch realistisch umsetzbar ist. Die Defizite in den einzelnen Bereichen sollten in den entsprechenden Ausschüssen thematisiert werden. Positiv zu bewerten ist der wahrscheinliche höhere Überschuss, der auf Grundlage der Prognosen erzielt werden könnte.

Herr Hensiek weist darauf hin, dass es sich um den ersten derartigen Bericht handelt und bezweifelt, dass alle abgegebenen Prognosen auch so erreicht werden können. Die Prognosen werden seiner Meinung nach in den nächsten Jahren präziser.

Als neues Teilstück des Steuerungskreislaufes, den Herr Brockmeyer in vielen guten Veranstaltungen immer weiter vorstellt, ist der Finanzcontrollingbericht nach Meinung von Herrn Hunting in den Fachausschüssen zu diskutieren. Über die zuständigen Amtsleiter sollten die Ausschussvorsitzenden auf wichtige Themen hingewiesen werden. Eine Auseinandersetzung mit den Halbjahresergebnissen im September eines Jahres hält er für zu spät. Ein Eingreifen durch Änderungen ist dann fast nicht mehr möglich. Eine Vorstellung unmittelbar nach den Sommerferien ist wünschenswert. Möglich wäre auch eine quartalsweise Vorstellung. Grundsätzlich handelt es sich aber um ein gutes Steuerungsinstrument, dessen Nutzung noch erlernt werden muss.

Herr Kruse spricht sich dafür aus, die Herausforderungen des neuen Berichtes anzunehmen. Die Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik war auch ein „Learning by doing“ und ist mittlerweile nicht mehr problematisch.

In seiner Sitzung am 13.09.2017 hat der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft diese Angelegenheit beraten und zur Kenntnis genommen.

**TOP 9 Finanzcontrollingbericht für den Ausschuss Finanzen und
Wirtschaft zum Stichtag 30.06.2017
Vorlage: 2017/0222**

Anhand der beiliegenden Präsentation stellt Herr Strakeljahn den Finanzcontrollingbericht für den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zum 30.06.2017 vor.

Für ihn ergeben sich keine Aufgaben und Maßnahmen, bei denen eine Nachsteuerung erforderlich wird. Allerdings ergeben sich Planungskorrekturen für die Haushalte der nächsten Jahre bei den Steuererträgen und den Zinsaufwendungen für Kredite. Im Produkt 111-13 „Grundstücksmanagement“ ist das ursprünglich für 2017 geplante Forstgutachten nicht in Auftrag gegeben worden. Dies ist in die mittelfristige Planung bis 2021 einzustellen.

Frau Tiemann fragt, ob auch die Minderauszahlungen im Sanierungsbereich Melle Neue Mitte Nord zu Veränderungen führen und ob das Forstgutachten nicht durch einen örtlichen Förster erstellt werden kann. Herr Strakeljahn erwidert, dass die Minderauszahlungen im Sanierungsbereich dazu führen, eingeplante Kredite nicht aufnehmen zu müssen. Hintergrund für die Verschiebung der Erstellung des Forstgutachtens ist, dass eine Förderung dafür nur genehmigt wird, wenn es auch eine bestimmte Qualität erfüllt. Diese ist auf Grund der personellen Engpässe im Bereich der Liegenschaften momentan nicht umsetzbar. Eine Unterstützung der städtischen Mitarbeiter bei der Erstellung ist unerlässlich.

Bei den aktuellen Haushaltsplanungen spielt das Problem des fehlenden Personals in allen Bereichen eine besondere Rolle, macht Herr Hensiek deutlich.

Herr Kruse bedankt sich für die Erstellung und Vorstellung des Berichts.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat die Angelegenheit in seiner Sitzung am 13.09.2017 beraten und zur Kenntnis genommen.

TOP 10 Wünsche und Anregungen

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende Herr Kruse beendet die öffentliche Sitzung um 20.15 Uhr und eröffnet die nichtöffentliche Sitzung.

24.10.2017
gez. H.Kruse

Vorsitzende/r
(Datum, Unterschrift)

24.10.2017
gez. D. Hensiek

Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

24.10.2017
gez. A. Steinkamp

Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)